

An
Herrn Bundesminister
Dirk Niebel
Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Stresemannstraße 94
10963 Berlin



WWW.STOPEPA.DE

Berlin/Bielefeld/Brüssel , den 30. September 2010

Dringende Bitte, die Kommission von ihrem WPA-Mandat zu entbinden

Sehr geehrter Herr Minister,

Der 27. September markiert den achten Jahrestag des Beginns der Verhandlungen über die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) zwischen der EU und den AKP-Staaten. Fast drei Jahre nach Ablauf der ursprünglichen Frist zum Jahresende 2007 befindet sich die Mehrzahl der Verhandlungen mit Ländern und Regionen in einer Sackgasse. Die EU-Kommissare für Handel und Entwicklung haben Sie daher eingeladen, ihnen Orientierung für die zukünftige Ausrichtung der Verhandlungen zu geben.

Zivilgesellschaftliche Organisationen in der EU und in den AKP-Staaten haben schon frühzeitig ihre Besorgnis über die WPA-Verhandlungen zum Ausdruck gebracht. Das Mandat, welches der Rat der Kommission am 12. Juni 2002 erteilt hat, ging weit über die Anforderungen der WTO und des Cotonou Abkommens hinaus. Es spiegelte die Leitlinien der europäischen Handelspolitik zur damaligen Zeit wider. Für Verhandlungen über ein angemessenes und entwicklungsfreundliches Handelsregime für die Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder war es jedoch nicht geeignet.

Das Stocken der Verhandlungen und die Zurückhaltung oder Weigerung mehrerer AKP-Staaten, die WPA zu unterzeichnen, gehen aus unserer Sicht auf die Tatsache zurück, dass wesentliche Bedingungen des Partnerschaftsabkommens von Cotonou nicht eingehalten wurden. Insbesondere die Grundsätze, wonach die *politischen Entscheidungen und Entwicklungsprioritäten von AKP-Staaten gebührend zu berücksichtigen* sind und *ihren unterschiedlichen Bedürfnissen und dem unterschiedlichen Entwicklungsstand Rechnung getragen* werden muss, wurden nicht ausreichend beachtet.¹

Wir bitten Sie, die Ratssitzung am 21. und 22. Oktober zu nutzen, um die Kommission von ihrem aktuellen WPA-Mandat zu entbinden. Es ist an der Zeit, die EU-Handelspolitik an die Realität anzupassen und nicht länger auf den Abschluss von umfassenden Integrationsabkommen zu beharren, die

¹ Cotonou-Abkommen, Kapitel I, Artikel 34 und 35.

weder von der WTO noch vom Cotonou-Abkommen gefordert und die von der Mehrheit der AKP-Länder als nicht angemessen und unpraktikabel angesehen werden.

Die EU sollte alternative Regelungen in Betracht ziehen, um für die AKP-Staaten die Kontinuität des Zugangs zum europäischen Markt zu sichern.

Es gibt mehrere Möglichkeiten, dies zu verwirklichen. Eine Lösung wäre eine WTO-Verzichtserklärung (*waiver*). Im Hinblick auf die multiple Krise scheint eine WTO-Verzichtserklärung für neue zoll- und quotenfreie Präferenzregelungen für Subsahara-Afrika und den Pazifik durchaus möglich. Eine andere Alternative bestünde darin, das Allgemeine Präferenzsystem der EU anzupassen, um den am „wenigsten entwickelten“ und „gefährdeten“ Ländern gleichermaßen zoll- und quotenfreien Zugang zum EU-Markt zu gewähren.

Da die meisten afrikanischen und pazifischen Länder zur Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder bzw. den kleinen Inselstaaten gehören, könnte ferner in Betracht gezogen werden, Afrika und den pazifischen Raum insgesamt als „am wenigsten entwickelte Regionen“ zu klassifizieren und diesen Regionen die Präferenzen der „Alles-außer-Waffen“-Initiative zu gewähren.

Ein solches Vorgehen würde einen wichtigen Beitrag zum Abbau der durch die Interim-WPA-Verhandlungen verursachten Spannungen innerhalb der Regionen leisten. Die Regionen könnten sich auf die Konsolidierung ihrer Integration konzentrieren, ohne durch übermäßige Forderungen der EU gestört zu werden.

Für eine Erläuterung unserer Position und für eine vertiefende Diskussion über die Notwendigkeit einer neuen Ausrichtung der WPA-Verhandlungen würden wir uns über ein zeitnahes Gespräch freuen.

Mit freundlichen Grüßen

im Namen der unterzeichnenden Organisationen



Dieter Simon
KOSA Koordination Südliches Afrika

Deutsche Organisationen

ATTAC Deutschland - AG Welthandel und WTO
Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA)
KOSA Koordination Südliches Afrika
Oxfam Deutschland e.V.
PowerShift
Welthaus Bielefeld
Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung – WEED

StopEPA-Kampagne

c/o KOSA, August-Bebel-Str. 62, 33602 Bielefeld, Fon: 0521-9864851 fax: 0521-63789, post@stopepa.de

Internationale Organisationen

ACORD

ActionAid International

AEFJN

APRODEV

Corporate Europe Observatory

Oxfam

Partnership for change

Transnational Institute

WIDE

World Rural Forum

Organisationen aus anderen EU-Staaten

11.11.11- Coalition of the Flemish North-South Movement, Belgien

Africa Groups of Sweden

Afrika-Europa Netwerk, Niederlande

AITEC, Frankreich

Amici dei Popoli, Italien

ATTAC Dänemark

ATTAC Flandern

ATTAC Frankreich

AVSF, Frankreich

CCFD-Terre solidaire, Frankreich

CFSI, Frankreich

CNCD-Opération 11.11.11, Belgien

Comhlámh, Irland

Coordinadora de ONGD de Euskadi

Fair, Italien

Forum Syd, Schweden

GRESEA, Belgien

IBIS – Education for development, Dänemark

ICCO, Niederlande

M.A.I.S, Italien

SOS Faim Belgien

Terra Nuova, Italien

Traidcraft, Vereinigtes Königreich

Trócaire, Irland

Vredeseilanden (VECO), Belgien

War on Want, Vereinigtes Königreich

CC/ Nachrichtlich an: Frau Dr. Schmieg, Herr Schloms (per mail)